

Stellungnahme des syrischen Außenministeriums zum Massaker von al-Houla

„Die Sicherheitskräfte haben ihre Stellungen nie verlassen und waren dabei, sich selbst zu verteidigen.“

Eigene Übersetzung von SANA Syrian Arab News Agency

Am Freitag, den 25. Mai, wurde ein fürchterliches Massaker an mindestens 108 Menschen der Dorfgemeinschaft Al-Hula in der syrischen Provinz Homs verübt. Wir veröffentlichen weiter unten eine Stellungnahme aus dem syrischen Außenministerium, die drei Tage später von SANA Syrian Arab News Agency veröffentlicht wurde.

Die aggressive Hetze des Westens gegen die syrische Regierung wurde nach der Bluttat verschärft. Der russische Außenminister Sergej Lawrow hielt sofort dagegen: Die internationale Gemeinschaft solle den Annan-Plan umsetzen und keinen Regimewechsel in Syrien betreiben.¹

Unter der Überschrift „Blutiges Spiel. Syrien. Machthaber Baschar al-Assad hält sich nicht an die Waffenruhe. Die Vereinten Nationen haben keinen Alternativplan für den Frieden“ zieht die Augsburger Allgemeine vom Leder:

„Nach UN-Schätzungen starben in Syriens Bürgerkrieg bislang rund 10 000 Menschen. Bei dem Angriff am Freitag und Samstag voriger Woche setzten die Sicherheitskräfte Syriens laut Recherchen der Vereinten Nationen schwere Waffen ein, Zivilisten seien gezielt und aus nächster Nähe erschossen worden. Der Sicherheitsrat erklärte, dass die Assad-Regierung mit der Attacke das Völkerrecht und ihre internationalen Verpflichtungen grob gebrochen habe. Zudem schert sich das Regime nicht um die Waffenruhe, der es zugestimmt hatte.

Das Massaker von Hula markiert den blutigen Höhepunkt einer Reihe von Verletzungen der Feuerpause durch Assad-Truppen – aber auch die bewaffnete Opposition hält sich nicht an die Vereinbarung. Kofi Annan hatte die Waffenruhe als Teil eines Friedensplans vermittelt.

Die UN verfügen nach dem sich klar abzeichnenden Scheitern des Annan-Planes über kein Alternativkonzept für Syrien. Eine militärische Intervention wie 2011 in Libyen steht für die westlichen Mächte im Sicherheitsrat nicht ernsthaft zur Debatte – damals gab der Rat grünes Licht für ein Eingreifen gegen den Diktator Muammar al-Gaddafi. Russland, das jede Rats-Resolution vereiteln kann, lehnt jede militärische Lösung für Syrien strikt ab.

Die Russen wollen aber auch keine wirtschaftlichen oder finanziellen Sanktionen gegen das Assad-Regime dulden. Die internationale Gemeinschaft müsse vielmehr diplomatischen Druck auf Regierung und Opposition ausüben.“²

Die Augsburger Allgemeine weist also die Verantwortung für das Massaker ziemlich eindeutig den

¹ Nach Augsburger Allgemeinen vom 29.5.2012

² Augsburger Allgemeine 29.5.2012

sogenannten „Assad-Truppen“ zu und behauptet, „das Regime“ schere sich nicht um die Waffenruhe. Die Augsburgische Allgemeine geht von einem „sich klar abzeichnenden Scheitern des Annan-Planes“ aus.

Damit greift die Zeitung eine genaue Untersuchung vor, die von vielen Seiten gefordert wird und auch von der syrischen Regierung eingeleitet wurde. Im Gegensatz zur Deutung der Augsburgischen Allgemeinen bestätigte der leitende General Robert Mood der UN-Beobachtermission in Syrien (UNSMIS) das Massaker zwar, machte aber keine Angaben über die Täter. Die Augsburgische Allgemeine erklärt den „Annan-Plan“ faktisch für gescheitert – in dem Augenblick, an dem Kofi Annan in Damaskus eintrifft, um mit dem syrischen Außenminister und dem Staatspräsidenten zusammenzutreffen und die Vereinbarung zwischen Syrien und den Vereinten Nationen über die UN-Beobachtermission offiziell zu unterzeichnen.

Karin Leukefeld, eine der wenigen unabhängigen Nahost-Korrespondentinnen, schreibt in der jungen Welt von vorgestern:

„Unbestätigten Berichten zufolge soll es sich bei vielen der Opfer um Kinder vom Al-Kard-Stamm gehandelt haben. Das sagte der Damaskus-Korrespondent Hossein Morteza der iranischen Nachrichtenagentur FARS. Deren Familien seien bekannt für ihre Unterstützung der Regierung. Ähnlich äußerte sich im russischen Nachrichtensender Russia Today der politische Analyst Ibrahim Alloush. Der Zeitpunkt des Massakers mache es zudem höchst unwahrscheinlich, daß die syrische Armee verantwortlich sei, so Alloush. Sie würden nicht solche Taten begehen, sich zurückziehen und damit zulassen, dass »die Aufständischen alles fotografieren und dokumentieren«. Zumal bekannt war, daß Kofi Annan am Montag nach Damaskus komme, um die Vereinbarung über die UN-Mission zu unterzeichnen.“³

Es verdichtet sich der Eindruck, dass die westlichen Medien und die Politik an einer friedlichen Lösung des Konflikts in und um Syrien gar nicht interessiert sind und das Massaker von Al-Hula bereits instrumentalisieren, bevor es überhaupt aufgeklärt ist. In Wirklichkeit scheint es dem Westen um einen „Regime Change“ zu gehen. Und das Massaker von Hula könnte den Vorwand für ein direktes Eingreifen der NATO in Syrien geliefert haben. Jedenfalls wird von Seiten des Westens alles unternommen, das Publikum auf Krieg einzustimmen.⁴

Dabei verschärft sich die Tonart von Tag zu Tag. So zitierte die Augsburgische Allgemeine den Bundesaußenminister vorgestern noch so: „»Mit Empörung reagierte hingegen Bundesaußenminister Guido Westerwelle auf das Massaker: »Dem Assad-Regime muss klargemacht werden, dass es jeden Kredit verspielt hat und mit solchen Taten das Unheil nur noch verschlimmert.«“

Einen Tag später hört sich das schon so an: „Offen forderte Westerwelle einen Regime Change in Damaskus: »Syrien hat unter Assad keine Zukunft. Er muß den Weg für einen friedlichen Wandel in Syrien freimachen.«“⁵

Die deutsche Bundesregierung hat jede diplomatische Zurückhaltung aufgegeben und sich offen auf die Seite der Aufständischen in Syrien gestellt. Zeitgleich mit anderen wichtigen NATO-Staaten hat die

³ Anschlag auf Syrien, Von Karin Leukefeld, junge Welt 29.05.2012 <http://www.jungewelt.de/2012/05-29/058.php?sstr=Anschlag>

⁴ nach: Cui bono? Parteiische UN-Erklärung zu Syrien, Von Werner Pirker, junge Welt 29.5.2012 <http://www.jungewelt.de/2012/05-29/026.php?sstr=cui|bono>

⁵ Berlin wird Kriegspartei, Von André Scheer, junge Welt 30.05.2012 <http://www.jungewelt.de/2012/05-30/063.php>

Bundesregierung am Dienstag den syrischen Botschafter Radwan Loutfi ausgewiesen. Die Ausweisung eines Botschafters gehört im diplomatischen Umgang zu den härtesten Strafmaßnahmen, über die ein Land verfügt. Vorauf gingen allerdings schon 16 Sanktionsbeschlüsse (!) der EU gegen das Syrien. Dazu gehören Einreiseverbote, das Einfrieren von Vermögenswerten, ein Ölembargo sowie Ausfuhrverbote für zahlreiche Güter.

Die Medien von gestern vermeldeten, dass Paris eine Militärintervention in Syrien erwäge. Für den französischen Präsidenten François Hollande sei eine Militärintervention in Syrien mit einem UN-Mandat nicht ausgeschlossen. Holland erklärte die Bereitschaft zu einem Militärschlag, obwohl eine Erklärung des US-Präsidenten vorlag, die sich gegen eine militärische Intervention aussprach:

„Der Sprecher von US-Präsident Barack Obama, Jay Carney, hatte bereits zuvor erklärt, die USA lehnten eine Militärintervention zum jetzigen Zeitpunkt weiter ab. Washington halte eine weitere Militarisierung in Syrien nicht für richtig. «Wir glauben, es würde zu größerem Chaos, größerem Gemetzel führen», sagte Carney am Dienstag in Washington. Die USA hofften, dass der Druck auf das Assad-Regime Wirkung zeigt.“⁶

Bevor der französische Präsident die offene Bereitschaft zum Krieg erklärte, wollte sein Außenminister Laurent Fabius zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Bodenoffensive ausschließen. Auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder, preschte am Dienstag vor und bot die Entsendung deutscher Soldaten nach Syrien an, vorerst im Rahmen einer UN-Beobachtermission. Dazu wollen wir die junge Welt von gestern zitieren, auch wegen der Position Russlands, die für eine friedliche Lösung eminent wichtig, wenn nicht *entscheidend* wird:

„Ungefragt drängelte sich am Dienstag der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, vor und bot die Entsendung deutscher Soldaten nach Syrien an, vorerst im Rahmen der laufenden UN-Beobachtermission. »Dies ist der Beitrag Deutschlands, die Bemühungen der Vereinten Nationen und ihres Sondergesandten Kofi Annan zur Überwindung der politischen und humanitären Krise in Syrien zu unterstützen«, so Mißfelder. Diese jedoch sind dem Westen gerade im Weg, vermutet der Korrespondent der kubanischen Agentur Prensa Latina in Damaskus, Luis Beaton. »Die bewaffneten Banden versuchen mit allen Mitteln, den Plan des UN-Gesandten Kofi Annan zu begraben und sind gegen eine politische Lösung der Krise in Syrien«, schreibt er und zitiert aus einer Erklärung des »Syrischen Nationalrates« (SNR), der Annan-Plan solle »zum Teufel gehen«.

Auch der russische Außenminister Sergej Lawrow kritisierte, »einige Länder« wollten die jüngsten Ereignisse als Vorwand für militärische Aktionen gegen Syrien missbrauchen. Der Annan-Plan sei ihnen im Weg, weshalb sie Druck auf den Sicherheitsrat ausübten, so Lawrow bei einer Pressekonferenz in Moskau. Dem SNR, in dem sich die vom Ausland aus gegen die Regierung in Damaskus operierende Opposition zusammengeschlossen hat, warf er »unverhüllte Aufwiegelung zu einem Bürgerkrieg« vor. SNR-Chef Burhan Ghalioun hatte zuvor alle syrischen Oppositionskräfte aufgefordert, den Kampf fortzusetzen, bis der Sicherheitsrat einem militärischen Eingreifen grünes Licht gebe. Der französische Außenminister Laurent Fabius wollte am Dienstag nur eine Bodenoffensive »zum jetzigen Zeitpunkt« ausschließen. »Die syrische Armee ist schlagkräftig«, begründete er dies in einem Interview mit der Zeitung Le Monde.

⁶ stern.de 30.5.2012 <http://www.stern.de/politik/ausland/paris-erwaegt-militaerintervention-in-syrien-1833995.html>

Vor diesem Hintergrund äußerte der stellvertretende UN-Botschafter Russlands, Alexander Pankin, gegenüber Ria-Nowosti die Vermutung, »ausländische Geheimdienste« könnten hinter dem Massaker von Hula stecken. »Wir können uns unmöglich vorstellen, dass so etwas den Interessen der syrischen Regierung entspricht, besonders vor dem Besuch Kofi Annans«, sagte er. »Das entspricht den Interessen der Kräfte, die für einen bewaffneten Kampf auftreten, um den Friedensprozess zu stören.«⁷

Der russische Außenminister Sergej Lawrow stellte im Zusammenhang mit dem Massaker von Al-Hula fest: „Wir wissen, daß die Oppositionsarmee, zumindest ihre radikalsten Teile, fortwährend Zeichen erhält, nicht aufzuhören.“

Werner Pirker schreibt in einem Kommentar der Jungen Welt:

„Darum genau geht es. Die bewaffnete Opposition, von den Ölscheichs aufgerüstet und von westlichen Militärberatern auf Trab gebracht, hat nie auch nur das geringste Interesse an einer nichtmilitärischen Lösung des Konflikts bekundet. Alle Angebote von Regimeseite, eine politische Reform, einschließlich der Bildung eines Mehrparteiensystems, durchzuführen, wurden vom prowestlichen Syrischen Nationalrat stets zurückgewiesen. Auch der Annan-Plan stieß aufseiten der Opposition auf kaum verhüllte Ablehnung. Damit dürfte auch einigermaßen klar sein, in wessen strategischem Kalkül das Massaker von Hula liegt. Nicht in dem des syrischen Regimes, das freie Wahlen und damit auch die Möglichkeit eines friedlichen Machtwechsel offeriert, sondern in dem der bewaffneten Opposition, die ausschließlich auf ein militärisches »Regime Change« setzt und eine Nacht der langen Messer in Aussicht stellt.

Damit ist noch nicht gesagt, daß die Regierungstruppen vor Ort keine Verbrechen gegen Zivilisten begangen haben. Dass es sich aber um ein vom Regime bewusst geplantes oder auch nur in Kauf genommenes Massaker gehandelt hat, ist mehr als unwahrscheinlich.“⁸

Werner Pirker weist auch auf eine beängstigende Parallele zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien hin:

„Die »Wertegemeinschaft« weiß um den Nutzen von Provokationen bei der Auslösung westlicher Kriegshandlungen. Das erfundene Massaker von Racak – ein Gefecht war zur Massenhinrichtung umgedeutet worden – lieferte 1999 den Vorwand für den NATO-Bombenkrieg gegen Jugoslawien. Dass sich UCK-Banditen nun den syrischen Rebellen als Berater in Sachen Öffentlichkeitsarbeit angedient haben, passt haargenau ins Bild.“⁹

Ein Kommentar in der Augsburgener Allgemeinen von heute von Winfried Zülfle will eine mögliche Parallele zu den Propagandalügen der NATO im Jugoslawienkrieg nicht ausschließen:

„Massaker haben sich schon oft als Wendemarken in einem Krieg erwiesen. ...

Aber Bilder können auch lügen. Fotos eines angeblichen Massakers in Rugovo im Kosovo überzeugten im Januar 1999 die deutsche Öffentlichkeit, dass sich die Bundeswehr am Nato-Einsatz gegen Serbien beteiligen müsse. In Wahrheit gab es keine Gräueltaten, die Fotos zeigten gefallene Kämpfer.“

Vorgestern hatte ein Kommentator der Augsburgener Allgemeinen schon Schlachtplan parat, der zu seiner Verwirklichung eigentlich einen Luftkrieg und eine anschließende Invasion zur Voraussetzung hat:

⁷ Berlin wird Kriegspartei, Von André Scheer, junge Welt 30.05.2012 <http://www.jungewelt.de/2012/05-30/063.php>

⁸ Cui bono? Parteiische UN-Erklärung zu Syrien, Von Werner Pirker, junge Welt 29.5.2012 <http://www.jungewelt.de/2012/05-29/026.php?sstr=cui|bono>

⁹ ebd.

„Es ist möglicherweise ein Wendepunkt. Einzig Russland, Syriens Verbündeter, kann noch auf Präsident Assad einwirken. Tut es das jetzt nicht mit Nachdruck, ist die Diplomatie ebenso gescheitert wie der UN-Friedensplan. Das muss sich die internationale Gemeinschaft eingestehen. Und danach schnell handeln: Indem sie die syrische Opposition aufrüstet, Waffenlieferungen an das Assad-Regime stoppt, Schutzzonen für die Bevölkerung einrichtet – und mit Assad über den Gang ins Exil verhandelt. Nur ohne ihn beruhigt sich die Lage.“

In einem Leserbrief, der gestern abgedruckt wurde, antwortet Klaus Stampfer dem Kommentator der Augsburger Allgemeinen:

„Das Massaker mit mindestens 108 Toten ist die Folge eines Bürgerkrieges, der auch mit Waffenlieferungen an die Rebellen angeheizt wird.

Der Kommentator fordert zur Lösung des Konfliktes, die syrische Opposition weiter aufzurüsten. Dies bedeutet, den Bürgerkrieg weiter zu eskalieren und noch viele Massaker in Kauf zu nehmen. Ein Stopp der Waffenlieferungen sowohl an das Assad-Regime als auch an die Rebellen wäre besser geeignet, das Töten zu beenden. Einen Brand löscht man auch nicht, indem man Öl ins Feuer schüttet.“

Die Linie dieses Leserbriefes, der vom Vorsitzenden der Augsburger Friedensinitiative (AFI) stammt, ist ziemlich problematisch. Die nachfolgende Stellungnahme aus dem syrischen Außenministerium geht *nicht* von einem Bürgerkrieg aus, sondern von einer intellektuellen, unbewaffneten Opposition und auf der anderen Seite von bewaffneten Terroristen. Jihad Makdissi spricht auch noch von einer stillen Allianz zwischen beiden Kräften – aber nicht von einem Bürgerkrieg. Auch der UNSMIS-Leiter General Robert Mood konstatiert gegenwärtig noch keinen Bürgerkrieg, sondern äußert: Wer Gewalt anwende, werde Syrien weiter destabilisieren und das Land in einen Bürgerkrieg führen.

Die Beschreibung der Lage in Syrien als Bürgerkrieg ist also problematisch. Genauso problematisch ist die Herleitung des Massakers aus einem Bürgerkrieg. Damit wird die Möglichkeit eines gezielten Anschlags von Söldnern, Agenten oder Terroristen zur Torpedierung einer friedlichen Lösung im Grunde ausgeschlossen. Eine Eskalation dieses Bürgerkriegs würde angeblich zu noch vielen Massakern führen.

Vollends problematisch und eigentlich unannehmbar wird die Forderung des Leserbriefschreibers nach einem Waffenembargo für *beide* Seiten. Die eine Seite, die rechtmäßige, völkerrechtlich anerkannte Regierung von Syrien bezeichnet Klaus Stampfer von der Augsburger Friedensinitiative als „Assad-Regime“, die andere Seite, weitgehend vom Ausland ausgerüstete Stoßtrupps aus Söldnern und Agenten, bezeichnet Klaus Stampfer als „Rebellen“. Der Sprecher der AFI übernimmt damit den Jargon der bürgerlichen Medien, der die syrische Regierung notorisch als „Regime“ abwertet und dämonisiert, und die Gegenkräfte als „Rebellen“ aufwertet.

Eigentlich müsste man sich *gegen* den ungeheuren Druck von außen auf Syrien aussprechen, vornehmlich gegen die Embargos und ihre desaströse Wirkung und nicht noch ein zusätzliches Embargo fordern. Syrien braucht Waffen zu seiner Selbstverteidigung, das ist das Recht eines Staates, gedeckt durch die UN-Charta. Durch die Forderung eines Waffenembargos missachtet man dieses Recht des syrischen Staates. Es würde wirklich reichen, einen Stopp der Waffenlieferungen aus dem Ausland an die sogenannten Rebellen fordern. Damit würde man mithelfen, Syrien eine Chance zu geben für eine autonome, friedliche Konfliktlösung im Inneren ohne die mörderische Einmischung von außen.

Aber der Sprecher der AFI meint ja: „Einen Brand löscht man auch nicht, indem man Öl ins Feuer schüttet.“ Was da zunächst recht logisch klingt, bedeutet in Wirklichkeit in diesem Kontext, dass sich der Leserbriefschreiber berufen fühlt, in Syrien „einen Brand zu löschen“ oder glaubt, dass diese Rolle, diese Mission irgendwem zukommt. Und dazu müsse man das „Assad-Regime“ einem Waffenembargo unterwerfen, also tendenziell entwaffnen. Das klingt gar nicht gut, und für eine Friedensinitiative sind solche Aussagen bzw. die Konsequenzen aus solchen Aussagen eigentlich nicht akzeptabel.

Ganz im Sinne der oben von der Augsburgener Allgemeinen postulierten Funktion des Massakers als „Wendepunkt“, „Wendemarke“ verbreiteten Gegner des Präsidenten Baschar Al-Assad am Mittwoch im Internet ein Video über ein weiteres Verbrechen. Der Film, der angeblich aus der Provinz Deir Al-Sor im Osten Syriens stammt, zeigt die Leichen von 13 Männern, deren Hände hinter dem Rücken zusammengebunden waren. Alle 13 Männer wurden den Angaben zufolge aus nächster Nähe erschossen. Siehe dazu den Leitartikel in der jungen Welt von heute „Massaker bis zum Krieg. Rußland und China bekräftigen Nein zur Militärintervention in Syrien – prompt kommen neue Bilder einer Massenhinrichtung“.¹⁰ – *Peter Feininger*

Hier nun die Stellungnahme des syrischen Außenministeriums:

Makdissi: Syrien lehnt eine Verantwortung seiner Armee für das al-Houla Massaker kategorisch ab

DAMASKUS, SANA. Der Sprecher des syrischen Außenministeriums Jihad Makdissi hat eine Verantwortung der syrischen Streitkräfte für das Massaker kategorisch abgelehnt, das sich in der al-Houla Region in der Provinz Homs ereignet hatte.

Bei einer Pressekonferenz am Sonntag verurteilte Makdissi dieses terroristische Massaker an syrischen Zivilisten auf das Schärfste. Ebenso verurteile er, die syrischen Streitkräfte der Tat zu bezichtigen.

Makdissi betonte, dass keine Panzer oder Artillerie die Stadt al-Houla tangiert hätten. Er fügte an, dass hunderte Kämpfer mit diversen schweren Waffen die al-Houla Gegend in der Region Homs angegriffen hätten. Zuvor hätten sie sich in verschiedenen Gebieten planmäßig gruppiert. Er wies darauf hin: „Die Sicherheitskräfte haben ihre Stellungen nie verlassen und waren dabei, sich selbst zu verteidigen.“

Makdissi sagte, Syrien verurteile ebenfalls den „Tsunami“ an Lügen der letzten Tage gegen die Regierung sowie die Leichtfertigkeit, mit der einige Außenminister und Medien sie beschuldigten.

„Wir haben mit dem Verteidigungsministerium, dem Innenministerium und mit den zuständigen Behörden gesprochen, um zu erfahren, was sich in Houla ereignet hat.“

„Es wurde bestätigt, dass sich hunderte Kämpfer am Freitag um 14 Uhr versammelten, mit Pick-ups voller moderner schwerer Waffen, wie Mörser, Maschinengewehren und Panzerabwehrraketen, die seit neuestem im Kampf gegen die Staatsmacht zum Einsatz kommen.“

„Die Kämpfer brachen in die al-Houla Region auf, welche von Regierungskräften an fünf Punkten bewacht wird, die außerhalb der Orte liegen, an denen sich das Massaker ereignet hat. Der Angriff dauerte

¹⁰ <http://www.jungewelt.de/2012/05-31/026.php>

von 14 bis 23 Uhr. Drei Sicherheitskräfte wurden zu Märtyrern, 16 wurden zum Teil schwer verletzt. Es gab verbrannte Leichen.“

Makdissi sagte, dass sich ein Massaker im Dorf al-Shoumarieh ereignet hat. Feldfrüchte, Häuser und das staatliche Krankenhaus seien niedergebrannt worden, was darauf hinweist, dass al-Houla Teil einer größer angelegten terroristischen Operation gewesen ist.

Makdissi sagte, der Angriff sei durch Nichts zu rechtfertigen und eine Sitzung des Sicherheitsrates notwendig, um herauszufinden, wer die Terroristen finanziere, bewaffne, beherberge und befehle.

„Eine militär-juristische Kommission ist ins Leben gerufen worden, um Nachforschungen anzustellen. Die Ergebnisse werden in drei Tagen bekanntgegeben,“ fügte Makdissi hinzu.

„Außenminister Walid Al-Moallem hat mit dem UN-Gesandten Kofi Annan gesprochen und ihn über die Details der Vorgänge informiert, sowie über die angelaufenen offiziellen Nachforschungen.“

„Wir bedauern es, dass die Außenminister einiger Staaten sich beeilt haben, völlig unbegründete Anschuldigungen in Foren wie dem UN-Sicherheitsrat und der EU zu erheben, auf der Grundlage von Behauptungen oppositioneller Figuren und parteiischer Medien.“

„Das barbarische Vorgehen, das Töten von Kindern, alten Menschen und Frauen, wie es auf Bildern festgehalten ist, steht in völligem Widerspruch zu den Werten der heldenhaften Syrisch Arabischen Armee.“

„Der syrische Staat ist durch die Verfassung zum Schutz von Zivilisten verpflichtet. Syrien behält sich das Recht vor, seine Bürger zu verteidigen.“

„Nicht die syrische Armee, die einen Eid geschworen hat, Zivilisten zu beschützen, hat das Verbrechen begangen. Jene, die aus Verstecken und Bergen kommen und unschuldige Zivilisten töten, sind wohl bekannt. Es könnte Zusammenstöße geben und es gibt eine hochrangige unabhängige Untersuchung in den Ministerien für Inneres und Verteidigung.“

Der verdächtige Zufall, dass sich die Angriffe parallel zum Besuch des UN-Sondergesandten Kofi Annan ereigneten, sei ein Rückschlag für die politische Entwicklung.

Gefragt, wer aus diesem Verbrechen gegen das syrische Volk Nutzen ziehe, antwortete Makdissi: „Was passiert ist, nutzt dem syrischen Staat nicht. Wir sind auf den Plan Annans eingeschworen und wünschen ihm Erfolg.“ Er betonte: „Wir betreiben keinen Handel mit dem Blut der Syrer.“

Makdissi sagte, dass die Länder der Region, die terroristische Gruppen beherbergen und das Einsickern von Terroristen dulden, sowie jene Staaten, welche sie öffentlich finanziell unterstützen, eine Mitschuld an den Verbrechen gegen das syrische Volk tragen.

Zum Syrien-Bericht des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon sagte Makdissi: „Ich habe den Bericht gelesen und habe Zweifel ... Wir wissen bereits, dass Ki-Moon und Annan mit den 15 Staaten des UN-Sicherheitsrats gemeinsame Sache machen. Dieser ist ein diplomatisches and politisches Instrument, denn die meisten dieser Länder stehen Syrien feindlich gegenüber.“

„Es existiert keine bewaffnete Opposition, wie der Bericht behauptet. Es gibt eine intellektuelle Opposition, die zu einem Dialog eingeladen ist, dem wir uns nie verweigert haben. Ferner gibt es

Terroristen. Waffen gegen den Staat zu ergreifen, ist nicht zu rechtfertigen, wie auch immer die politische Ausrede lauten mag.“

Makdissi verwies auf die Widersprüche in Ki-Moons Bericht. Dort heiÙe es, einige syrische Städte seien der Kontrolle der Regierung entglitten, denn die Panzer und schweren Maschinengewehre seien nicht beseitigt worden.

„Es mag Nachbarschaften geben, die nicht durch die syrische Regierung kontrolliert werden, wegen der Anwesenheit von Kämpfern, aber keine ganzen Städte, wie der Bericht behauptet. Deshalb hoffen wir, dass kommende Berichte professioneller sein werden.“

Auf die Frage, was die Opposition von der Ausführung eines solchen Verbrechens habe, sagte Makdissi: „Diese Frage sollte man der Opposition stellen ... Es gibt eine intellektuelle Opposition und die Terroristen, die von der Opposition ignoriert werden ... Immerhin verurteilt sie nicht deren Taten. Daher gibt es eine stille Allianz zwischen beiden.“

Zur Sache der entführten Libanesen äußerte Makdissi: „Wir hörten von einem Telefongespräch zwischen türkischen Behörden und dem libanesischen Außenminister ... Wir verurteilen diese Tat und Syrien wird keine Mühen scheuen, um zu helfen.“

Makdissi sagte, dass die syrische Regierung dem UN-Sicherheitsrat eine Stellungnahme unterbreitet habe, in der das Massaker verurteilt wird.

„Wir geben zu, dass wir eine Krise haben. Doch die Lösung liegt nicht in der Destabilisierung Syriens. Doch falls man eine Konfrontation möchte, werden wir bereit sein. Wir sind entschlossen, unser Land zu verteidigen.“

„Wenn die Opposition im Ausland und jene Staaten, die sie unterstützen, sich zu einer politischen Lösung bereiterklären würden, dann könnten wir sagen, die Krise nähert sich dem Ende. Syrien hat sich zum Dialog bereiterklärt, für den chinesischen Plan und den russischen Vorschlag, eine erste Gesprächsrunde einzuleiten. Doch diejenigen, die das Volk fürchten, haben abgelehnt. Wir sind sicher, dass Präsident Bashar Al-Assad die notwendige Mehrheit hinter sich hat, um Syrien demokratisch zu reformieren.“

Makdissi deutete an, dass Terrorismus und Verbrechen seit der syrischen Zustimmung zu Annans Plan zugenommen hätten, weil man dessen Erfolg verhindern wolle.

Er sagte, die bewaffneten Gruppen hätten den Annan-Plan mehr als 3.500 Mal verletzt. Er fügte hinzu: „Instabilität ist ein gutes Umfeld für Terroristen ... es gibt Al-Quaeda und religiöse Fundamentalisten. Doch wir werden nicht erlauben, dass sie die Situation ausnutzen, egal wie lange die Konfrontation dauert.“

Makdissi betonte, dass die Lösung der Krise in Syrien darin bestehe, die Regierung zu unterstützen.

R.Raslan / M.Ismael / Ghossoun

28. Mai 2012

<http://www.sana.sy/eng/21/2012/05/28/421700.htm>

Eigene Übersetzung